

Wolski soll Vorwürfe aufklären

Grüne: Sonst nicht mehr als hohe Richterin geeignet

Von Pitt von Bebenburg

WIESBADEN. Die Grünen verlangen von der CDU-Politikerin und Richterin am Hessischen Staatsgerichtshof, Karin Wolski, eine Aufklärung des Vorwurfs, sie sei in dubiose Machenschaften ihres Mannes verwickelt. Ansonsten sei sie „für ihre herausragenden Ämter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit und im Hessischen Staatsgerichtshof nicht mehr geeignet“, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Landtag, Mathias Wagner, am Dienstag in Wiesbaden.

Michael Wolski ist wegen Steuerhinterziehung angeklagt. Dabei geht es um Schenkungssteuern für Immobilien-, Fahrzeug- und Geldgeschenke, die er von einer Witwe erhalten haben soll. Die Kinder des Verstorbenen gehen davon aus, dass sich auch Karin Wolski dabei bereichert und Steuern hinterzogen habe. Gegen ihren Mann laufen weitere Ermittlungen wegen Untreue, Betrugs und Geldwäsche.

SPD wundert sich über die Behörden

Der Betrugsvorwurf bezieht sich auf einen Fall von 2007, bei dem Michael Wolski gemeinsam mit der Witwe versucht haben soll, den verstorbenen Gatten auf dem Papier wieder lebendig zu machen – zu ihrem Nutzen bei einem Grundstücksgeschäft. Es stelle sich die Frage, „warum Frau Wolski nicht spätestens ab 2005 versucht hat, ihren Mann von weiteren dubiosen Geschäften abzuhalten“, sagte Wagner. 2005 hatte sie wegen der Vorwürfe gegen ihren Mann eine Kandidatur für die CDU zur Oberbürgermeisterin von Offenbach abgesagt.

Das hessische Justizministerium bekräftigte, dass es bisher „keinen Anlass für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens“ gegen Richterin Wolski gebe. Dies hätten die Prüfungen durch die zuständige Staatsanwaltschaft ergeben, sagte ein Sprecher von Justizminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) auf Anfrage der FR. Er machte aber deutlich, dass das noch nicht der abschließende Stand sein müsse. „Eine Prüfung dieses möglichen Verdachts“ erfolge „während des gesamten Zeitraumes“ der Ermittlungen gegen Wolskis Mann, teilte das Ministerium mit.

Die SPD-Rechtspolitikerin Heike Hofmann sagte, das Vorgehen der Ermittlungsbehörden „gegenüber der in der hessischen CDU stark verankerten K. Wolski“ verwundere sie. Hahns Ministerium verteidigte die mehrjährige Dauer des Steuerhinterziehungsverfahrens. Sie sei „auf die Komplexität der zugrunde liegenden Sachverhalte zurückzuführen“.

Die künftigen Kanzlermacher

Immer mehr Muslime dürfen wählen / In Niederlanden treten sie mit eigener Partei an

Von Moritz Baumstieger

Eines möchte Henny Kreeft gleich klarstellen: „Wir streben keine Islamische Republik Niederlande an.“ Kreeft, 53, ist Vorsitzender der Niederländischen Muslimepartei (NMP), die Anfang August ankündigte, bei den nächsten Kommunal- und Parlamentswahlen anzutreten. Seitdem verbringt er viel Zeit damit, Sorgen zu zerstreuen. Die 2007 gegründete NMP hat Potenzial: Da die Niederlande nur eine 0,66 Prozent-Hürde kennen, könnte das bei einer Million Muslime in dem Land mit 16 Millionen Einwohnern für einen Parlaments-Einzug reichen.

Auch in Deutschland gab es eine islamische Partei. 1998 wurde sie ins Register eingetragen. Wer die dort verzeichnete Münchener Nummer wählt, hört: „Kein Anschluss unter dieser Nummer“. 2002 löschte der Bundeswahlleiter die Partei aus der Liste, sie war bei keiner Wahl angetreten und ihrer Informationspflicht nicht nachgekommen.

Die Sozialdemokraten haben stark verloren, die Grünen machen das Rennen

Doch Muslime in Deutschland sind ein Wählerpotenzial, das nicht zu vernachlässigen ist. Vor allem, wenn Wahlen so knapp ausgehen wie die 2005. Allein: Die Suche nach Zahlen ist schwer, schon die Gesamtzahl der hier lebenden Muslime ist vage. Die Islamkonferenz von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) kam Ende Juni in einer Studie nach langer Rechnerei auf eine Gesamtzahl zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime in Deutschland. 1,84 Millionen von ihnen haben einen deutschen Pass. Das Statistische Bundesamt schätzt die Wahlberechtigten unter ihnen vorsichtig auf 750 000.

Einer, der es vielleicht genauer weiß, ist Salim Abdullah, Direktor des Zentralinstituts Islam-Archiv in Soest, der ältesten islamischen Institution Deutschlands. Regelmäßig gibt er die Studie „Neue Daten und Fakten über das islamische Leben in Deutschland“ heraus. Die Zahl der Befragten gibt Abdullah mit 1500 an. Bei Fragen zum Wahlverhalten der Muslime verweisen die Wiesbadener Statistiker an das Archiv, und auch dem Innenministerium sind keine belastbareren Daten zugänglich als die aus Soest.

Die bisher unveröffentlichte Studie 2009, die der FR in Auszügen vorliegt, geht von 1,1 Millionen muslimischen Wahlberechtigten aus – rund 1,7 Prozent der Wahlberechtigten insgesamt. Die neue Studie erhebt, wie Muslime wählen. Auf diese Umfrage wird Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit gemischten Gefühlen blicken: Die Sozialdemokraten liegen mit



Mitten im Politischen: Musliminnen im Bundestag.

GETTY

kämpft gegen diese Zahlen. Er glaubt, ein Pfund zu besitzen, mit dem er unter Muslimen wuchern kann: „Das „C“ im Namen steht für ein Menschenbild, das sich auf religiöse Werte stützt, die auch im Islam zu finden sind.“ Ein Problem sei aber das Auftreten der Union in der Vergangenheit: „Man kann Muslime nicht als Freunde gewinnen, wenn man die Gruppe ständig problematisiert.“

Hasret Karacuban von den Grünen pflichtet Arslan hier gerne bei. „Die Migrationspolitik der Union lässt zu wünschen übrig“, sagt die Sprecherin der „Grünen Muslime“. Deshalb sei es unwahrscheinlich, dass die Union Stimmen unter Muslimen sammeln könne, auch wenn es ein großes wertkonservatives Milieu gebe. Um dieses anzuziehen, bräuchte es eine koordinierte Strategie. Die habe die Union aber nicht, sagt CDU-Mann Arslan, „einer der Punkte, die ich an meiner Partei kritisiere“. Der 34-Jährige versuchte, 2002 und 2005 in einem Wahlkreis für die Union anzutreten, konnte sich parteiintern aber nicht durchsetzen: „Das zeigt mir, dass die Zeit noch nicht reif war. Wir müssen als CDU nur aufpassen, dass es nicht zu spät wird.“

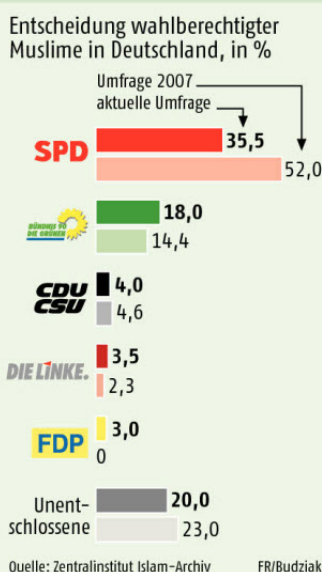
Die SPD öffnete sich schon in den 70ern. Damals bildeten Gewerkschaften für viele türkischstämmige Arbeiter eine Brücke in die Partei, davon profitiert auch die Linke. Die FDP punktet bei muslimischen Unternehmern.

Eine eigene Islampartei? Nicht nötig, findet der Zentralrat

Brauchen die Muslime hierzulande also keine eigene Partei? Bekir Altas, Mitarbeiter im Generalsekretariat von Milli Görüs, sagt: „Muslime partizipieren am Leben in Deutschland und sind Teil der Gesellschaft, also sollten sie sich in den etablierten Parteien engagieren.“ Auch der Zentralrat der Muslime hält nichts von der Idee. „Natürlich könnten wir das Zünglein an der Waage sein, doch diesen Blickwinkel halte ich für zu beschränkt“, sagt Vize-Vorsitzende Maryam Brigitte Weiß. „Es ist weder wünschenswert, noch sinnvoll, eine Islampartei zu gründen.“

Henny Kreeft kann es verstehen, eher auf Integration zu setzen. In den Niederlanden sei die Situation aber eine andere: „Unsere Gründung war eine Reaktion auf Geert Wilders Anti-Islam-Partei.“ Die Rechtsgruppierung stellt neun Abgeordnete im Parlament und fordert ein Zuwanderungsverbot für Muslime. Für den Fall, dass sie in den etablierten Parteien nicht glücklich werden, empfiehlt Kreeft den deutschen Muslimen dennoch: „Es ist euer demokratisches Recht, eine Partei zu gründen.“ Um gleich seinen Standard-Satz nachzuschieben: „Aber bleibt innerhalb der Verfassung!“

Parteienbeliebtheit



35,5 Prozent zwar an erster Stelle – vor zwei Jahren wollten aber noch 52 Prozent der Muslime die SPD wählen. Die Genossen verloren vor allem an die Nichtwähler: 2007 gaben 3,7 Prozent an, nicht zu wählen, jetzt sind es 16 Prozent. 20 Prozent sind noch unentschieden. Wenn Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) nun die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft fordert, ist das zielgerichteter Wahlkampf. Die Grünen gewinnen 3,6 Prozent hinzu. Sie liegen jetzt bei 18 Prozent – ein klarer Cem-Özdemir-Effekt, wie die Studie mit einer Zusatzfrage belegt. Linke und FDP scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde – dasselbe gilt sogar für die Union mit einem Vier-Prozent-Ergebnis.

Bülent Arslan vom Deutsch-Türkischen Forum der CDU